

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P XXII/226

Bad Godesberg, den 27. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeichn
1	<u>Politik ohne Vernunft</u> Unverständliches Verhalten Oesterlins	42
2 - 2a	<u>Interessen und Verbände</u> Pluralistische Gesellschaft erfordert Zusammenschlüsse Von Werner Jacobi, MdP	99
3 - 4	<u>Ein bedeutsames kirchliches Dokument</u> Bekennnis zur christlichen Eheheiratschule Von Volkmar Gebort, Landesvorsitzender der SPD in Bayern	61
4	<u>Über 100 000 hessische Gymnasiasten</u> Die Quote der Abiturienten hat sich erheblich verbessert	26
5	<u>Es geht um Milliardenbeträge</u> Unstrittene Konzeption der Bundesmarine	4

\* \* \*

\*\*\*\*\*ZUR BEACHTUNG\*\*\*\*\*  
Ab Dezember 1967 lautet unsere Adresse:  
SPD-PRESSEDIENST GmbH  
5300 Bonn 9, Hansallee 2-10  
PRESSEHAUS 1  
\*\*\*\*\*

\* \* \*

### Politik ohne Vernunft

#### Unverständliches Verhalten Ostberlins

sp - Es ist nicht sicher, ob man sich in Ostberlin darüber klar ist, wie sehr die abweisende Haltung gegenüber allen innerdeutschen Versuchen zur Entkrampfung sogar bei den kommunistischen Parteien der Ostblockländer zunehmend auf Mißtrauen und Unverständnis stößt. Seit dem Brief Bundeskanzlers Kiesinger an den Ministerpräsidenten Stoph liegen außerdem Briefe des Bundesverkehrsministers und des Bundespostministers, sowie mehrere Angebote des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zu Gesprächen zwischen Vertretern beider Teile Deutschlands vor.

Während man im Westen diese Versuche der Bundesregierung und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zur Überwindung zahlreicher innerdeutscher Schwierigkeiten positiv bewertet, wird in Ostberlin penetrant gegen Bonn polemisiert. Dieses Verhalten der Regierung in Ostberlin bringt die kommunistischen Parteien, besonders Europas, in eine mißliche Lage. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß man in den Führungen dieser Parteien die Frage zu stellen beginnt, was Ostberlin mit seiner Haltung bezweckt. Lange Zeit wurde Bonn von Ostberlin immer als der Störenfried dargestellt. Jetzt nachdem konkrete Gesprächsangebote von Bonn aus vorliegen, wandelt sich das Bild.

Was glaubt Ostberlin mit dieser Haltung erreichen zu können? Da nicht anzunehmen ist, daß Ulbricht und seine politischen Freunde bewußt auf eine Isolierung der DDR hinsteuern, bleibt nur eine Erklärung übrig:

- \* In Ostberlin spekuliert man wahrscheinlich darauf, daß die
- \* Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister von Berlin,
- \* oder gar die Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland, ohne
- \* Gegenleistung Forderungen akzeptieren die im Endeffekt zu
- \* einer Besiegung der Spaltung Deutschlands und damit Europas
- \* führen würden.

Mehrere osteuropäische Staaten sind ohne Zweifel daran interessiert, den Ostwest-Gegensatz in Europa möglichst bald überwinden zu sehen. Das Problem bilateraler wirtschaftlicher Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten, aber auch eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der EWG, der EFTA und COMECON wird dort seit langem diskutiert. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Wirtschaftsprojekten, (z.B. Straßenbau, Binnenschifffahrt, Eisenbahnverkehr u.ä.) deren Inangriffnahme natürlich in einem Zustand permanenter Ostwest-Spannung problematisch wird.

Dies festzustellen, ist kein Angriff auf irgendjemanden oder irgendetwas; es entspricht dem Gebot der Vernunft, das in Ostberlin offensichtlich nicht erkannt wird.

Interessen und Verbände

Pluralistische Gesellschaft erfordert Zusammenschlüsse

Von Werner Jacobi, MdB

In einer offiziellen Stellungnahme zur mittelfristigen Finanzplanung fand sich kürzlich eine bemerkenswerte Feststellung. Dem Hinweis darauf, dass mit der längerfristigen Betrachtungsweise des Haushaltsgeschehens zugleich die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Bundes sichtbar würden, folgte der Satz:

"Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass eine so grosse Zahl von Kritikern sich in der Ablehnung der mittelfristigen Finanzplanung einig ist, denn sie bedeutet, dass die Zeit des jährlichen Aushandelns bestimmter Gruppenwünsche endgültig der Vergangenheit angehört. Es bleibt jetzt kein anderer Weg, als sich mit dem einmal gesteckten Rahmen abzufinden".

Das Zitat, das wir dem amtlichen Berner "Bulletin" vom 6. September 1967 entnehmen, ist offensichtlich vor allem auf diejenigen Gruppen gemünzt, die seit der Stabilisierung der Bundesregierung einzusagen stündlich auf der Lauer liegen, um in den Ministerien und bei den Parlamentariern als "pressure groups" Einfluss zu nehmen. Wir wissen, dass dies in vielfältiger Weise geschieht und dass sich in Form und dessen näherer Umgebung Hunderte von Vereinigungen und Verbänden zu diesem Zweck niedergelassen haben. Von "Verband Ambulantes Gewerbe" bis zur "Vereinigung des Wein- und Spirituosenereihandels" breitet sich eine weite Skala von Geschäftsstellen aus, deren Tätigkeit Lobbycharakter trägt.

Alle diese Vereinigungen und Verbände verdanken ihre Entstehung und Existenz der so einfachen wie unbestreitbaren Tatsache, dass Individuen oder Einrichtungen vereinigt mehr vermögen als allein auf sich gestellt. Was sie trägt, ist der jedem sozialen Gebilde eigene Selbstbehauptungswille; er stützt sich auf die Partnerschaft der Mitglieder und auf den Einsatz der Verbandsmacht gegenüber Dritten.

Hierin gibt es keine Unterschiede, und was sich in dieser Hinsicht an Tätigkeit vollzieht, ist grundsätzlich nicht nur legitim sondern zugleich erforderlich. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen Zusammenschlüsse, die sich auf das Recht der Koalitionsfreiheit berufen können, geradezu als erwünscht erscheinen. Sie haben, von ihrer verfassungsrechtlichen Legitimität abgesehen, eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion.

Besorgnisse sind erst dann angebracht, wenn Verbandsmacht massiv zum Schaden der Gesamtheit eingesetzt, also missbraucht wird. Solche Fälle sind im ausserparlamentarischen Raum durchaus denkbar. Sie werden jedoch immer die Ausnahme bleiben. Zu ihnen gehören nicht Schweige- oder Protestmärsche. Solche und ähnliche Methoden der Demonstration sind legitime Mittel einer freiheitlichen Demokratie.

Allerdings wird es immer auf den Einzelfall ankommen. Erst wenn man ihn und die Verhältnismässigkeit der angewandten demonstrativen Mittel kennt, ist man zu einem Urteil darüber fähig, ob etwa Regierung und Parlament einem "Druck der Strasse" ausgesetzt waren oder ob

gar ein Missbrauch organisierter Macht vorlag.

Im Alltag der Verbände vollzieht sich selten derart Spektakuläres. Da geht es um Einflussnahmen zumeist recht stiller Art. Um Gespräche mit einem Minister oder Abgeordneten, um Vorstellungen in dem für eine Vorlage federführenden Ministerium oder Ausschuss, neuerdings und in Zukunft wohl mehr als bisher auch in öffentlichen Anhörungen (Hearings).

So verschiedenartig die Gelegenheiten sind, so unterschiedlich sind auch die Interessen. In der zeitweilig äusserst einseitig und generell gegen Verbandsorganisationen geführten Kritik ist dieser differenzierten Sachlage oft nicht genügend Rechnung getragen worden. Unterschiedlos war und ist von "Interessenhäufen" oder von dem "Gebalge der Interessengruppen um Einfluss auf den Staat" die Rede. Solche Pauschalurteile übersehen, dass sich in unserer differenzierten Gesellschaft sehr oft durchaus legitim gegensätzliche Interessen gegenüberstehen und dass das beklagte "Gebalge" die Antwort auf Knechtschaft und Untertanentum darstellt. Der Staat bedarf, soll er ein freiheitlich-demokratischer sein, vielfältiger Kontrolle, nicht nur durch den Wähler, nicht nur durch Parteien.

Dabei geht es zudem nicht nur um Kontrolle, sondern oft auch um Hilfe. Minister und die sie umgebende Beamtenschaft sind ebenso wie die Parlamentarier auf Material und Rat aus der Praxis angewiesen. Nicht wenige Gesetz- und Verordnungsentwürfe sind erst dadurch vorlagentauglich geworden, dass die entscheidenden Daten von aussen hereingebracht wurden. Manche Vereinigung war und ist hier oft der Retter in der Not. Das gilt manchmal sogar dann, wenn parlamentarische Anfragen beantwortet werden müssen und der zuständige Referent nur über unzureichende Unterlagen verfügt. In solchen und ähnlichen Fällen wird deutlich, dass es nicht nur gegensätzliche Positionen gibt, dass Vereinigungen auch in Form von Verbänden durchaus begrüssenwerte, im Staat dienliche Einrichtungen sein können. Das gilt selbst dort, wo gewisse einseitige Interessen unverkennbar sind. Interessen sind um so ungefährlicher, je ungetarnter, je offener sie auftreten. Anders als bei einem pseudowissenschaftlichen Institut weiss man dann wenigstens von Anfang an, wem man ist und wessen man sich zu erwehren hat.

Die gemeindliche Selbstverwaltung gehört zu den grundlegenden Organisations- und Strukturprinzipien unserer Demokratie. Dementsprechend müssen die kommunalen Spitzenverbände über den ihnen von ihren Mitgliedern erteilten Auftrag hinaus beim Lande wie beim Bund, bei Regierungen wie in den Parlamenten als Helfer und Stützen unseres gesamtstaatlichen Systems betrachtet und behandelt werden. Ihren Eingaben und Vorstellungen mag nicht immer und in jedem Punkt entgegengeprochen werden können. Sie sollten aber andererseits nie mit dem Misstrauen rechnen müssen, das Vertretern privater Egoismus (hoffentlich!) entgegengbracht wird.

Der Anspruch auf solche Behandlung kann nicht besser unterstrichen werden als durch unser Zitat aus dem "Bulletin". Gemeinden, Gemeindeverbände und ihre Spitzenorganisationen bekennen sich nicht nur zu einer mittelfristigen Finanzplanung. Sie nehmen an ihr teil. "Jährliches Aushandeln bestimmter Gruppierwünsche" ist nie ihr Anliegen gewesen. Mehr Gerechtigkeit durch eine sich über mittlere und lange Zeiträume erstreckende Finanzreform war, ist und bleibt ihre Forderung. Sie erheben sie mit dem Anspruch, nicht egozentrischer Interessen verächtigt, nicht als lästige Bittsteller, sondern als Wahrer des Gesamtwohls gewürdigt und entsprechend behandelt zu werden.

Ein bedeutsames kirchliches Dokument

Bekenntnis zur christlichen Einheitsschule

Von Volkmar Gebert, Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Die von den beiden Kirchen vereinbarten "Leitsätze für den Unterricht und die Erziehung nach gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse" könnten dazu beitragen, die Diskussionen über die künftige Gestaltung der Volksschule zu versachlichen. Die Bedeutung des Dokuments liegt darin, daß die Kirchen ausdrücklich "eine gemeinsame Unterweisung und Erziehung nach christlichen Grundsätzen" für möglich halten. Rechtlich ist dies allerdings längst festgelegt: Für die bisherigen Gemeinschaftsschulen im früheren Schulorganisationsgesetz und im Volksschulgesetz, für konfessionell gemischte Klassen an den Bekenntnisschulen durch die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 20. März 1967. Das erste Mal haben sich nun auch die beiden Kirchen offiziell zur gemeinsamen Unterrichtung und Erziehung bekant.

Die unmittelbarste politische Konsequenz ist es, daß die CSU nicht mehr die "Definierung des Christlichen" der Schule mit der Festlegung von Bekenntnisklassen in der Verfassung gleichsetzen kann. Durch den Hinweis der Kirchen, daß dieser gemeinsame Unterricht seit Jahrzehnten an vielen bayerischen Volksschulen erteilt wird, bricht auch die Differenzierung der bereits bestehenden christlichen Gemeinschaftsschule endgültig zusammen.

Der zweite Teil des Dokumentes beschäftigt sich mit der Darstellung des Gemeinsamen und der Unterschiede sowie mit der Achtung vor den Glaubensüberzeugungen anderer Konfessionen. Die gegenseitige Achtung vor der religiösen Überzeugung wird ebenfalls nicht neu eingeführt, denn sie wird im Art. 131 der Bayerischen Verfassung garantiert. Daß sich die Kirchen nun ausdrücklich darum bemühen wollen, kann diese Verfassungsbestimmung mit neuem Leben erfüllen.

Die SPD hat auf ein solches Wort der Kirchen lange gewartet. Vieles deckt sich mit dem Arbeitspapier der SPD zur Frage der christlichen Gemeinschaftsschule, das vor der Einleitung des Volksbogens ausgearbeitet und den Kirchen zugesandt wurde. Über den Inhalt der gemeinsamen Grundsätze konnte die SPD freilich nichts aussagen, weil dies den Kirchen zusteht. Deshalb entstand das Mißverständnis, daß sie lediglich die ethischen Werte des Christentums gelten lassen wollte. Bei dem außerordentlich wichtigen Bereich der Anwendung gibt es jedoch eine weitgehende Übereinstimmung. Das kommt vor allem in der Erläuterung der Leitsätze zum Ausdruck, die von kirchlicher Seite vor der Presse vorgetragen wurden.

So betonen die Sprecher der Kirchen, daß die Leitsätze ein Angebot aber keinen Zwang darstellen. Die Kirchen bestätigten ferner, daß die Toleranz zwischen den beiden Bekenntnissen auch gegenüber Schülern gelten müsse, die keinen christlichen Bekenntnis oder gar keinen Bekenntnis angehören. Die Kirchen sind sich ferner darüber klar, daß sie den Glau-

ben und das christliche Leben nicht garantieren können. Die Äußerungen decken sich mit der Feststellung von Theologen beider Kirchen auf einer Ökumenischen Tagung in Norderaltaich, wonach der Staat lediglich die Türen für das Christentum öffnen könne. Kaum ein Unterschied besteht auch darin, was die SPD in ihrem Arbeitspapier als das Recht auf positive und negative Bekenntnisfreiheit der Lehrer bezeichnete. Die Sprecher der Kirchen drückten dies lediglich anders aus, wenn sie meinten, daß kein Lehrer zur Heuchelei gezwungen werden dürfe. Was man von jedem Lehrer verlangen müsse, sei Toleranz. Antichristliche Propaganda solle zwar ausgeschlossen sein, den Kirchen gehe es jedoch nicht um eine Klerikalisierung der Schule.

Es ist bedauerlich, daß es nicht bereits vor einigen Monaten zur Ausarbeitung dieses Dokuments kam. Zumindest hätte die Auseinandersetzung in anderen Bahnen verlaufen können. Es wäre dann auch klar gewesen, daß zahlreiche Entgleisungen von Pfarreien nicht durch die Haltung der Kirchenleitungen gedeckt sind.

+ + +

#### Über 100 000 hessische Gymnasiasten

Die Quote der Abiturienten hat sich erheblich verbessert

sp - In Hessen gibt es heute über 100 000 Gymnasiasten. Nach einer von Kultusminister Professor Dr. Ernst Schütte bekanntgegebenen Statistik besuchten im Februar dieses Jahres 101 167 Schüler die 131 öffentlichen und 42 privaten Gymnasien im Lande Hessen. Die Gymnasiasten wurden in 3637 Klassen von 5836 Lehrern unterrichtet.

Hinter diesen nichternen Zahlen verbirgt sich der Erfolg einer gewaltigen Aufbauleistung nach dem Kriege und eine fortschrittliche Kulturpolitik; denn die Schülerzahlen haben sich in den beiden letzten Jahrzehnten mehr als verdoppelt; die Zahl der Lehrkräfte hat sich mehr als verdreifacht. Das bedeutet: Im Lande Hessen gibt es heute mehr Gymnasiasten als je zuvor, sie können bei in noch stärkerem Maße vergrößerten Lehrkörper besser unterrichtet werden.

Ohne Zweifel hat die Einführung der allgemeinen Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit, die Hessen als erstes Bundesland praktizierte, wesentlich zur Hebung der Schülerzahlen beigetragen. Die kulturpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Großen Hesseschen Planes zielen darauf hin, den Anteil der Gymnasiasten noch um etwa zwanzig Prozent zu vermehren. Eine Steigerung der Schülerzahlen an den Gymnasien allein genügt aber nicht; es kommt wesentlich darauf an, daß mehr Gymnasiasten die Reifeprüfung, das Abitur bestanden.

Auch in dieser Hinsicht zeigen sich sichtbare Erfolge in Hessen ab: Von den Quartanern des Jahres 1952 legten 30,5 Prozent die Reifeprüfung ab. Am Ende des Kurzschuljahres 1966 aber betrug der Anteil der Abiturienten an den Quartanern des Jahres 1960 schon 56,6 Prozent. Die augenblickliche Besetzung der Oberprimen läßt eine Erfolgsquote erwarten, die künftig über 60 Prozent liegen wird.

+ + +

- 5 -

## Es geht um Milliardenbeträge

### Umrüttelte Konzeption der Bundesmarine

sp - Der 1964 aus dem Bundesverteidigungsministerium ausgeschiedene Abteilungsleiter für Wehrtechnik, Dr. Ing. Karl Fischer, schießt seit kurzem in Leserzeitschriften an große deutsche Blätter und neuerdings auch in Interviews und Tageszeitungen aus allen Rohren gegen die Schiffsaufstellungs-Konzeption der Bundesmarine. Fischers Argumente sind nicht ohne weiteres vom Tisch zu wischen. Sie sind jedenfalls ebenso beachtlich wie die der Admirale der Bundesmarine selbst. Es wird hohe Zeit, daß sich der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages mit der Kontroverse befaßt. Es stehen Milliarden-Beträge auf dem Spiel und es geht um die beste Verteidigungskonzeption.

Fischer erhebt schwere Bedenken gegen den Bau der drei Raketenzerstörer in den Vereinigten Staaten, um die schon der Namensstreit im Gange ist. Jedes Schiff der Lütjens-Klasse wird annähernd 1500 Millionen DM kosten. Einschließlich der Landanlagen und dem sonstigen Zubehör dürfte es um 1,5 bis zwei Milliarden DM gehen.

Fischer erinnert daran, daß bereits der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß den Bau der konventionellen Zerstörer der Hamburg-Klasse stoppen ließ. Im ganzen hatte man zwölf Zerstörer bewilligt. Acht wurden nicht gebaut. Fischer ist der Auffassung: "Wie richtig diese Entscheidung war, wurde dadurch bewiesen, daß die Bundesmarine heute per seonelle Schwierigkeiten hat, den vierten Zerstörer überhaupt zu besetzen". Aber daran geht es Fischer im Grunde nicht. Er meint, Zerstörer und Geleitboote sollte man heute zur Seelitzug-Sicherung nicht mehr verwenden. Nichts wäre törichter, "als dem Gegner in Form von Geleitfahrzeugen früherer Zeiten vollkommene Schiffskonzentrationen zur Vernichtung anzubieten". Angesichts der Luftgefährdung benötigt ein Zerstörer heute 70 bis 90 Prozent seiner Gesamtkosten für die eigene Verteidigung. Demnach: "Der Verlust eines Zerstörers bedeutet den Verlust von 400 Mann, der eines U-Bootes von 20 Mann".

So ist Fischer der Auffassung, die Marine könne mit ihren modernen magnetischen U-Booten den Angriff tief in die Ostsee hineintragen. Ihr stände ferner in der Form der färländischen Halbinsel ein idealer unverwundbarer Flugzeugträger zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund redet Fischer zusammenfassend einer modernen Marineluftwaffe und den antimagnetischen Klein-U-Booten das Wort. Von Zerstörern und vor allem auch von den geprüften Raketenkorvetten - speziell zur Luftabwehr gedacht - rät er ab. Fischer geht nicht so weit wie der amerikanische Verteidigungsminister Mac Namara, der zu verstehen gegeben hat, daß es überhaupt fraglich sei, ob eine deutsche Bundesmarine im Rahmen der NATO notwendig sei und fragte, ob die finanziellen Aufwendungen dafür verteidigungsmäßig nicht besser anders verwendet werden könnten.

Man muß sich nicht mit der Auffassung von Fischer identifizieren. Ein gewissenhaftes Durchdenken seiner Argumente könnte jedoch nichts schaden. Vor allem wird es notwendig sein, die Verteidigungsaufgaben an den Küsten mit denen anderer Teilstreitkräfte und den Verbündeten klar zu formulieren. Erst dann kann man die Prioritäten festlegen. Das gilt zuerst für die Beschaffung teurer Raketenfahrzeuge.